

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870

21.1.1870 (No. 18)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 21. Januar.

N. 18.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1870.

Telegramme.

Dresden, 19. Jan. Der Kommissionsbericht über den von der Zweiten Kammer angenommenen Abrüstungsantrag ist erschienen. Die Majorität (General v. Engel) beantragt, den Antrag auf sich beruhen zu lassen. Die Minorität der Kommission empfiehlt den Beitritt zu den Beschlüssen der Zweiten Kammer.

Wien, 19. Jan. In dem Abgeordnetenhaus begann heute die Beratung des Abrechnungswurfs. In der Generaldebatte sprachen für den Entwurf des Ausschusses die Abgg. Maierhofer, Kaiser, Stecrowitz, dagegen Roman, Grocholst, Kürthelm. Fortsetzung der Debatte morgen.

Florenz, 19. Jan. Man versichert, das Ministerium habe den Entschluß gefaßt, die Wiederaufnahme der parlamentarischen Session bis zum 7. März zu verschieben.

Paris, 19. Jan. Der Abg. Raspail (dessen Todesnachricht verfrüht war) ist noch immer sehr krank. — In den ausgedehnten Eisen- und Maschinenwerken zu Creuzot hat eine allgemeine Arbeitseinstellung stattgefunden. Gegen 10,000 Arbeiter feiern. Der Präsident Schneider (Eigentümer der Werke) reist noch diesen Abend nach Creuzot.

Madrid, 19. Jan. In der heutigen Cortes-Sitzung verlangte der Finanzminister Figuera la Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 720 Millionen in Staatsanleihen, sowie zum Verkauf des Quecksilberbergwerks Almaden, der Werke von Rio Tuerto, der Krongüter u. s. w. Ferner hielt Figuera la die Erhöhung des Abzugs auf die Rentenabgaben von 5 Proz. auf 10 Proz. aufrecht, ebenso den Abzug von den Gehältern und Pensionen der Beamten. Die 4 nächst zu zahlenden Coupons sollen von der Konversion ausgenommen und für ihre Bezahlung besondere Mittel angewiesen werden.

Stockholm, 19. Jan. Der Reichstag wurde heute eröffnet. Die Thronrede konstatiert zuerst die günstige Lage des Landes in Folge der reichen Ernte des vorigen Jahres und gibt der Landesvertretung anheim, die Beratung der Vorlage über eine Revision der Unionsakte zwischen Schweden und Norwegen so lange aufzuschieben, bis eine gleichzeitige Beratung von Seiten der Vertretung Norwegens möglich sei. Die Rede kündigt als die wesentlichsten Regierungsvorlagen an: Eine Staatsanleihe behufs Weiterentwicklung des Eisenbahnnetzes und eine dadurch erforderliche mäßige Steuererhöhung, die Verbesserung der Abnähmung der Infanterie-Armee, sowie eine Vorlage, betreffend die Ueberführung der überzähligen seewehrpflichtigen Mannschaften in die Landarmee.

Deutschland.

Karlsruhe, 20. Jan. Ihre Großherzogliche Hoheit die Frau Fürstin von Leiningen, geborne Prinzessin von Baden, ist heute Nachmittag 5 Uhr in Karlsruhe eingetroffen und hat im großherzoglichen Schloß Wohnung genommen.

Stuttgart, 18. Jan. (W. Sttsanz.) Die staatsrechtliche Kommission der Kammer der Abgeordneten hat gestern den Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die religiösen Disziplinvereine, beraten. Wie wir hören, beantragt dieselbe einstimmig, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Derselbe lautet in seinem einzigen Artikel:

Die Bildung religiöser Vereine außerhalb der vom Staat als öffentliche Körperschaften anerkannten Kirchen ist von einer vorgängigen staatlichen Genehmigung unabhängig. Es steht diesen Vereinen das Recht der freien gemeinsamen Religionsübung im häuslichen und öffentlichen Gottesdienste, sowie der selbständigen Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten zu. Derselben dürfen jedoch nach ihrem Bestimmungszweck, ihrer Verfassung und ihrer Wirksamkeit mit den Geboten der Sittlichkeit und mit der öffentlichen Rechtsordnung nicht in Widerspruch treten.

München, 18. Jan. (Schw. M.) Die Reichsraths-Kammer hat heute Mittags in geheimer Sitzung beschlossen, die gestrige Thronrede mit einer Adresse zu beantworten. Sie hat zu deren Abfassung eine Kommission und diese aus ihrer Mitte den Oberkonsistorialpräsidenten v. Harles zum Referenten gewählt. — Die Kammer der Abgeordneten hält morgen Vormittags die erste öffentliche Sitzung; auf der Tagesordnung stehen zwar nur Formalien und Geschäftssachen, doch werden zweifelsohne vom Ministerium Gesetzentwürfe eingebracht, auch von Seite der Kammer der Antrag auf Erlass einer Antwortadresse an den König gestellt und genehmigt werden. Heute hat diese Kammer in einem zweitem Strutinium ihren vierten Ausschuss, der nun aus 8 Patrioten und 1 Liberalen besteht, vervollständigt, sodann den fünften Ausschuss (für Prüfung von Beschwerden) gewählt und hierfür ebenfalls 8 Patrioten und 1 Liberalen bestellt. Es erübrigt noch die Wahl des geschäftsordnungsmäßigen sechsten Ausschusses, die morgen nach Schluß der öffentlichen Sitzung, und dann einer außerordentlichen Kommission zum Entwurf der Adresse, welche übermorgen stattfinden wird.

Glücksburg, 17. Jan. (Hamb. Nbr.) Bei der heutigen Wahl eines Abgeordneten für den preussischen Landtag (an

die Stelle Korff-Petersen's) wurde Dr. Wallisch mit 91 Stimmen gewählt; der Gegenkandidat, Bürgermeister a. D. Bremer, erhielt 88 Stimmen.

Berlin, 19. Jan. (Köln. Ztg.) Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. Januar.

Die Debatte über die Kreisordnung (Amtsbezirk, Amtshauptmann) wird fortgesetzt. Wingerode für, Grosse gegen, Schöning für, Laster gegen die Vorlage in sehr eindringlicher Rede. (Der Kronprinz wohnte der Beratung fast vom Beginn der Sitzung an bei.) Laster erklärt, die Liberalen würden nie der Vorlage zustimmen, ohne die Wählbarkeit des Amtshauptmanns.

Der Minister Guleburg vertheidigt die Vorlage. Die Bildung von Gesamtgemeinden entspräche nicht den natürlichen Verhältnissen der östlichen Provinzen, namentlich nicht bei zersplitterter Einführung. Die Regierung stand vor einer schwierigen Aufgabe bei diesem Punkte des Gesetzes. Sie glaubte die Lösung in der Einhebung von Amtshauptleuten zu finden. Ihr Verzicht beschränkt die Ausübung staatlicher Funktionen als Ehrenamt, aber auch gleichberechtigt mit den königl. Beamten, und sollte deshalb auch vom König ernannt sein. Bei dem Kostenpunkte würde dort die größte Mithimmung hervorgerufen. (Nichtig! richtig.) Der Gesetzentwurf sei nicht emanirt worden, bevor die Berichte aus den Provinzen darüber eingelaufen, welche sämmtlich zustimmend lauteten. Amtverband und Kreisverband, wie sie Miquel wollte, seien einander auf. Die Ansichten gehen freilich noch auseinander; aber eine Einigung ist trotzdem, wenn auch mit geringer Majorität, möglich. Wenn wir das Gesetz in dieser Session richtig zu Stande bringen, wann soll es zu Stande kommen? Wir arbeiten hier seit dem 6. Oktober. Das Budget ist mit der größten Schnelligkeit zu Stande gekommen; daneben sind wenige Gesetze erledigt worden. Hinter uns kommen der Reichstag und das Zollparlament; lassen Sie uns doch bezüglich der Kreisordnung jetzt eine Basis schaffen, auf der wir zur Provinzial- und Gemeindeordnung weiter schreiten können, deren Vorlegung Sie vielleicht in nächster Session von mir erwarten. Ich habe viel über die Intentionen der Regierung in den Zeitungen gelesen, worin man schwankt, ob sie das Gesetz zurückziehen werde oder nicht. Die ganze Staatsregierung legt den größten Werth darauf, daß die Kreisordnung noch in dieser Session zu Stande komme. (Beifall richtig.)

Braunisch (Platon) gegen das Amendement Miquel.

Berlin, 19. Jan. Die „Prov.-Korresp.“ schreibt: „Die Sessionsdauer, sowie die Anordnungen wegen der Reichstags-Session hängen von den Aussichten auf das Gelingen der Vereinbarungen, betreffend die Kreisordnung, ab.“ Die Korrespondenz führt ferner in einem längeren Artikel aus, daß das auswärtige preussische Ministerium durch die Einführung des auswärtigen Amtes des Nordbundes keineswegs wegfalle, sondern für die Beziehungen zu den Staaten, welche nicht Bundesausland sind, fortbauere.

Die sachsen-meinungen'sche Regierung hat an den Bundesrath des Zollvereins einen Antrag um Erlass der Tabaksteuer wegen Frostschaden gerichtet.

Berlin, 19. Jan. Heute Nachmittag um 2 Uhr erfolgte das Leichenbegängniß des am Sonntag verstorbenen Geh. Kabinetstaths v. Wähler. Die Beteiligung an demselben war namentlich aus den Hofkreisen und den höheren Beamtenklassen eine sehr zahlreiche. Der König wurde seines neulichen Unwohlseins wegen durch ärztlichen Rath verhindert, bei dem rauhen Wetter das Zimmer zu verlassen und der Trauerfeier im Sterbehause beizuwohnen. Mit im Auftrage Sr. Maj. nahm der Kronprinz an dieser Feier Theil. Bei derselben waren außer vielen anderen hochgestellten Personen auch fast alle Mitglieder des Staatsministeriums zugegen. Die Gedächtnisrede am Sarge hielt der General-Superintendent Dr. Hoffmann. An der Spitze der langen Wagenreihe des Leichenzuges befanden sich königliche und prinzliche Gala-Equipagen.

Heute Abend wird unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck das Staatsministerium zu einer Beratung zusammentreten. — Der Kronprinz wohnte heute Vormittag wieder längere Zeit der Sitzung des Abgeordnetenhauses bei. In derselben wurden die Debatten über den Entwurf einer neuen Kreisordnung fortgesetzt. Die heutigen Erklärungen des Ministers des Innern, Grafen zu Eulenburg, sowie ein Artikel in der heute erschienenen Nummer der ministeriellen „Provinzial-Korrespondenz“ lassen keinen Zweifel darüber, daß die Staatsregierung den Ausgang der Verhandlungen über den jetzt zur Beratung stehenden vierten Abschnitt ihrer Vorlage als entscheidend für das fernere Schicksal des ganzen Entwurfs betrachtet. Finden die in diesem Abschnitt enthaltenen Organisationsprinzipien nicht die Zustimmung der Abgeordnetenmehrheit, so ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Regierung in der jetzigen Session auf alle weiteren Verhand-

lungen über die Kreisordnung verzichten und gegen Mitte Februar den Landtag schließen werde.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 18. Jan. (N. Fr. Pr.) Se. Maj. der Kaiser empfing Nachmittags 3 Uhr die fünf Minister. Die Verhandlungen über die Neubildung des Ministeriums sind noch wenig vorgeschritten; noch ist keine der Personalfragen gelöst. Obwohl heute der Kaiser auch den Fürsten Adolph Auersperg empfing, scheint dies kein Präjudiz für die Frage des Ministerpräsidenten zu bedeuten. Hiefür soll Hasner's Kandidatur immer noch im Vordergrund stehen, sowie der Versuch, den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Dr. Kaiserfeld, zum Eintritte in das Ministerium zu bestimmen, fortgesetzt wird. Auch Programmverhandlungen und Besprechungen mit dem Grafen Beust über Neuerungen in den ministeriellen Einrichtungen finden statt.

Wien, 18. Jan. Der Kardinal Antonelli hat die Depesche, welche der neue französische Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Rom gerichtet und welche in der Form der sichern Erwartung eine nicht mißzuverstehende Warnung in sich schließt, mit der bestimmten Erklärung beantwortet, daß der heil. Stuhl, im vollen Bewußtsein seiner Stellung und seiner Pflichten, vor keiner Entscheidung zurückzusehen werde, welche die Sorge für das unveräußerliche Recht der Kirche bedingte; er habe aber nicht entfernt die Absicht, in die Sphäre des weltlichen Staates hinüberzugreifen, und dürfe deshalb jede Besorgniß vor Konflikten zwischen Staat und Kirche insoweit als vollständig grundlos bezeichnen, als der Staat dieselbe Freiheit, welche er für sich in Anspruch nehme, auch der Kirche zuzugehen bereit sei.

Wien, 19. Jan. Die Blätter haben mit großer Sicherheit zu berichten gesucht, daß der König von Italien einen demnächst in Wien abzustattenden Besuch bereits offiziell habe anmelden lassen. Erlauben Sie mir zu versichern, daß, wenn gleich ohne Zweifel der Wunsch, sich persönlich zu begenügen, bei beiden Souveränen auch heute noch fortlebe, doch eine derartige Anmelbung weder in offizieller noch in vertraulicher Weise erfolgt ist.

Rumänien.

Bukarest, 18. Jan. Die Kammer ermächtigte die Regierung, die Ausgaben und Einnahmen im ersten Quartal dieses Jahres nach dem vorjährigen Budget einzustellen und für den Betrag des schwebenden vorjährigen Budgets Schatzbons auszugeben.

Italien.

Florenz, 15. Jan. (Köln. Z.) Das Ministerium Lanza-Sella scheint seinen Stützpunkt immer mehr im linken Zentrum suchen zu wollen, oder, wenn man will, bei der Linken, von welcher freilich die 40 bis 50 Unversöhnlichen auszuschließen wären. Als die Führer dieses linken Zentrums können die Hh. Crispi und Mattazzi gelten. Dasselbe hat Hr. Lanza schon eine wesentliche Unterstützung gefunden, als es ihm für die Präsidentschaft 100 (von 159) Stimmen gab. — Die Budgetfrage ist dadurch etwas ins Stocken gekommen, daß Hr. Sella sich in Biella am Sterbette seiner Mutter aufhält. Im Grunde ist nichts Neues über die beabsichtigten Sparmaßregeln bekannt, bei denen es sich nur noch um die Summe von 30 bis 35 Millionen handelt. Das Gesamtbudget beträgt etwa 700 Millionen, für 1870 etwa 120 Millionen.

Ein vom Ministerium der Marine erlassenes Rundschreiben an den Kommandanten der Departements von Genua, Neapel und Venedig verfügt unter Hinweisung auf die Nothwendigkeit, durch Ersparnisse in allen Zweigen der Staatsverwaltung der Bedrängniß des Staatskassas zu Hilfe zu kommen, die Beurteilung der Altersklasse der Seesoldaten von 1846, unter dem Vorbehalte der Einberufung einer hinreichenden Anzahl von Dienstpflichtigen aus dem Jahrgange 1849. Zugleich verordnet das Ministerium die unverzügliche Armierung zweier Fregatten und einer Korvette zum Zwecke der Ausbildung der Offiziere und Gemeinen des Korps „Real Equipaggi“ und als Vorbereitung auf die im zweiten Semester von einem Geschwader von fünf Schiffen und einem Aviso-Dampfer anzustellenden Evolutionen. — Das seit dem Jahre 1866 in Neapel getriebene Unwesen der Privatbanken ist jetzt auch nach Livorno verpflanzt. Durch wahrhaft schwindelhafte Auerbietungen ist es diesen Unternehmungen gelungen, dem Publikum etwa 70 Millionen abzulocken, und man steht nicht ohne Bangen einer nahen Katastrophe entgegen.

Frankreich.

Paris, 19. Jan. Ein kaiserl. Dekret im „Journ. off.“ veröffentlicht die am 9. Juli 1869 zwischen Frankreich und der Schweiz abgeschlossene Konvention zu gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Der „Patrie“ zufolge ist Hr. Rochefort auf Samstag den 22. d. M. vor die 6. Kammer citirt worden. Für denselben Tag sind die Hh. Simon Doreure und Pascal Grosjean vorgeladen, die angeklagt sind, sich des Bergens

der Beleidigung gegen die Person des Kaisers und die Mitglieder der kaiserl. Familie und der Aufreizung eines oder mehrerer Verbrechen schuldig gemacht zu haben.

Die „Marcellaise“ bringt heute die Antwort des Hrn. Rochefort auf den Brief des Hrn. Vermorel. Es heißt darin:

Als ich dem Justizminister antwortete, daß es heiße, Sie ständen in gewissen Verbindungen mit der Polizei, habe ich nur wiederholt, was Sie mehr als zwanzigmal in den öffentlichen Versammlungen vorgebracht haben. Mehrfach haben Sie in meiner Gegenwart ausgerufen: „Man hält dafür, daß ich der Mouchard des Hrn. Rouher sei“, was unbestreitbar beweist, daß Sie exaltierter Republikaner für einen Mann gelten, der Beziehungen zu der Regierung hat, die für uns die Polizei ist; denn zwischen Hrn. Rouher und Hrn. Vietri kann ein Mensch, der so radikal ist, wie Sie, durchaus keinen Unterschied machen. Wenn Sie der Partei in der That nicht verdächtig sind, warum haben die Hauptredakteure der „Reforme“ dieselbe verlassen, sobald Sie eingetreten waren? Sie sind genöthigt gewesen, Ihre ministeriellen Beziehungen zurückzugeben, mit Bezug auf Sie ist mithin von der öffentlichen Meinung seit lange das Urtheil gefällt worden. Sie können nichts-befehoweniger nach Ihrem Belieben eine Ehren-Jury wählen. Ich wünsche sogar, daß Sie sich freisprechen.

Hr. Rochefort behauptet schließlich, wie Hr. Vermorel sich früher mit den Hrn. Rouher und Bavalette eingelassen, so lasse er sich jetzt mit Hrn. Ollivier ein.

Dem letzten Bulletin der Ärzte des Hrn. Raspail zufolge wäre noch nicht alle Hoffnung verloren.

Die „Opin. nation.“ will wissen, daß der Befehl erteilt worden sei, sämtliche Chassepotgewehre, die zu den Exercitien der mobilen Nationalgarde bestimmt waren, wieder in die Arsenale von Lille abzuliefern.

Bei der am vergangenen Sonntag und Montag stattgefundenen Abgeordnetenwahl im 3. Wahlbezirke des Departements Haute-Saône trug der Herzog von Marnier mit 11,318 Stimmen den Sieg davon. Dem Hrn. Baron Gourgaud, dessen Wahl bekanntlich vom Gesetzgeb. Körper annullirt worden war, fielen diesmal nur 8775 Stimmen zu. — Rente 73 1/2, Cred. mob. 205, Ostb. 590, ital. Anl. 54.65.

Belgien.

Brüssel, 18. Jan. Die Repräsentantenkammer hat heute ihre Beratungen wieder begonnen. Da das Gesetz über die Kirchengüter auf der Tagesordnung stand, so erwartete man den Beginn eines großen Aderkampfes zwischen den Klerikalen und der Majorität. Diese Erwartung ist aber getäuscht worden. Gleich bei Beginn der Sitzung sagte der Finanzminister, da die Rechte in einer früheren Sitzung erklärt habe, die Nothwendigkeit einer wirksamen Kontrolle der Regierung über die Verwaltung der Kirchenfabriken anzuerkennen, so habe die Regierung ihren Gesetzentwurf auf die Artikel beschränkt, welche diese Kontrolle betreffen, und einen neuen Artikel hinzugefügt, wornach solche Kirchenfabriken, die sich weigern oder versäumen, in einer gegebenen Frist ihre Rechnungen vorzulegen, der Zuschüsse aus den Staatsmitteln verlustig sein sollen. Diese Erklärung ist von der Rechten mit großer Genugthuung aufgenommen; der erste Redner von dieser Seite, Hr. Thonissen, sprach der Regierung sehr lebhaften Dank für ihre verständlichen Absichten aus.

Niederlande.

Haag, 16. Jan. Die schon gemeldete Verwerfung des Budgets der Eisenbahnen durch die Erste Kammer ist durch einen an sich ganz geringfügigen Umstand hervorgerufen. Es waren die als erste Ausgabe für den Hafenbau von Harlingen angelegten 100,000 fl., welche den Widerstand hervorriefen. Und noch dazu waren die meisten Gegner mit dieser Sache selbst ganz einverstanden, sie wollten dieselbe nur zum Gegenstande einer besonderen Vorlage gemacht sehen. Die Verwerfung bringt augenblicklich Verlegenheiten hervor, indem sie den regelmäßigen Fortschritt des Eisenbahnwerkes hindert, was besonders auch wegen des noch mangelnden Anschlusses der Nordbahn an die preussischen Linien zu bedauern ist. Die Regierung und die Zweite Kammer werden nun zu sehen haben, wie sie sich über diese Verlegenheit hinweg helfen können. — In der gestrigen Sitzung hat die Erste Kammer das Budget des Innern mit 31 gegen 4 Stimmen angenommen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 14. Jan. Zur Verherrlichung des hundertjährigen Jubiläums des Georgeus-Ordens wurden 65,000 Rbl. von dem Kaiser, zu denen noch 5000 Rbl. von dem Großfürsten-Thronfolger kommen, also im Ganzen 70,000 Rbl., zur einmaligen Unterstützung hilfsbedürftiger Georgenritter und Inhaber des Militär-Verdienstkreuzes und aus den freien Summen des Ordenskapitals 30,000 Rbl. jährlich zur Fürsorge für arme Ritter, zur Erziehung der Kinder und Waisen derselben, zur Erleichterung des Schicksals ihrer Familien und zu ähnlichen Zwecken angewiesen. — Nach dem „Eronstadt. Boten“ ist die Ausrüstung der Panzerflotte mit acht- und neunzölligen gezogenen Stahlgeschützen im Laufe des Jahres 1869 beendet worden. Sämmtliche Marinetruppen sind mit Schnellfeuerbewehrungen nach Baranowischem System bewaffnet worden.

St. Petersburg, 16. Jan. Am 13. Jan. feierte der kaiserl. Hof außer dem Neujahrsfeste auch den Geburtstag Ihrer kaiserl. Hoheit der Frau Großfürstin Helene Pawlowna. Am 14. d. M. fand im Georgensaale des kaiserl. Winterpalastes eine große Feierlichkeit statt. Der nunmehr zwanzigjährige Großfürst Alexei Alexandrowitsch leistete den im Kaiserthum herkömmlichen Volljährigkeitsseid. Dieser Feierlichkeit wohnten sämmtliche Mitglieder der kaiserl. Familie, sowie zahlreiche Vertreter der ersten vier Rangklassen, das diplomatische Korps u. dgl. An den Abenden beider Tage war die Hauptstadt festlich beleuchtet. Aus Anlaß des feierlichen Festes vom 14. hat Se. Maj. der Kaiser eine größere Reihe von Ordensverleihungen vorgenommen. Dabei erhielt der Geh. Rath Baron v. Korff, Mitglied des Ministerrathes,

als hervorragende Auszeichnung die Brillanten zum Andreas-Orden.

Die im Dezember 1869 ausgeführte Volkszählung hat die Einwohnerzahl von St. Petersburg auf etwas über 650,000 festgestellt. — Am 15. Dezember v. J. ist von der Moskauer Duma (Stadtverwaltung) beschlossen worden, dort noch fünf neue Mädchenschulen zu begründen. Danach wird in Zukunft die Zahl der in Moskau aus Gemeindefmitteln unterhaltenen Mädchenschulen sich auf zehn belaufen. Möchte die hiesige Duma sich daran ein Beispiel nehmen! Leider ist die Förderung von gemeinnützigen Anlagen überhaupt nicht ihre starke Seite. Sorgt sie doch nicht einmal für ordentliches Gas zur Straßenbeleuchtung. Die Qualität des hiesigen Gases ist der Art, daß ungeachtet zahlreicher Beleuchtungsflammen auf unseren Straßen ein völlig polizei-widriges Dunkel herrscht.

Zu jüngster Zeit ereigneten zwei Mordthaten in hohem Grade die Aufmerksamkeit unseres Publikums. Ueber die in einem hiesigen üblen Haus vollzogene Ermordung des pensionirten Hofraths v. Sohn ist in der ausländischen Presse schon berichtet worden. Die andere That hat ihren Schauplatz in Moskau. Dort wurde vor kurzem der Student Swanow, Zögling der Ackerbauschule, ermordet. Derselbe soll als ein Opfer politischer Umtriebe sein Leben verloren haben. Mit großer Bestimmtheit wird erzählt, er habe als Kenner der Pläne der vor mehreren Wochen entdeckten sozial-politischen Verschwörung die Absicht gehabt, den Behörden über diese Pläne genaue Aufschlüsse zu geben. Thatsache ist, daß der als Wähler bekannte Student Rezasjew im dringendsten Verdachte steht, den Swanow ermordet zu haben. Rezasjew hat sich einstweilen durch schnelle Flucht der Verhaftung entzogen.

Ueber das Volksschulwesen in Rußland sind neuerdings von mehreren Blättern unrichtige Mittheilungen verbreitet worden. Gerade der Verbesserung dieses Bildungszweiges wendet jetzt auch die Regierung eine wesentlich gesteigerte Sorgfalt zu. Vor kurzem hat der Etat für die Volksschulen eine ansehnliche Aufbühung erfahren. Außerdem ist dem Reichsrathe von Seiten des Ministers Tolstoj ein umfassender Plan für die Begründung von Schullehrer-Seminarien vorgelegt. Alles in Allem werden von Staatswegen in Rußland jährlich mehr als 13 Millionen Rubel Silber für Unterrichtszwecke aufgewendet.

Großbritannien.

London, 17. Jan. Die neuen Voranschläge über die Heeresausgaben werden der „Army and Navy Gazette“ zufolge eine Verminderung des stehenden Heeres um 10,000 Kombattanten enthalten. In Betreff des Modus, der hierbei befolgt werden soll, deutet die „Gazette“ an, sei zwar noch nichts bestimmt entschieden, doch werde aller Wahrscheinlichkeit nach der Mannschaftsbestand von 2 Kompagnien in jedem Bataillon erheblich reduziert werden. Bei der Kavallerie soll jede Schwadron ein geringes vermindert werden. In der Artillerie handelt es sich noch darum, ob es empfehlenswerther wäre, jede Batterie um 2 Geschütze zu vermindern, oder ganze Batterien eingehen zu lassen.

Die Nachricht von der Rückkehr Ledru-Rollins nach Paris war einstweilen verfrüht. Der Genannte befindet sich bis jetzt noch hier in London, wo ihn ein leichtes Unwohlsein festhält, und wird nicht vor Mitte dieser Woche abreisen.

Ägypten.

Kairo, 18. Jan. Die internationale Kommission für Herstellung von Justizreformen hat gestern ihre Sitzungen geschlossen. Der gemeinschaftlich abgefaßte Bericht erkennt die Nothwendigkeit von Reformen an; dieselben sollen von der Regierung für Zivil- und Kriminal-Justizpflege vorgeschlagen werden.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 19. Jan. 44. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt. (Schluß.)

Zweiter Abschnitt. Weltliche Stiftungen.

Abg. Kirsner: Wenn das Armengesetz, was zwar nicht zu erwarten sei, nicht zu Stande kommen sollte, sei keine Bestimmung vorhanden, wornach den Geistlichen bei der örtlichen Stiftungsverwaltung kraft Gesetzes eine Theilnahme eingeräumt werde, weshalb er die Aufnahme einer hierauf bezüglichen Bestimmung vorschläge; jedenfalls möge das Haus oder die Regierung die Erklärung zu Protokoll geben, daß auf alle Fälle für die Geistlichen im Armenrath gesorgt werden würde.

Staatsminister Dr. Jolly versichert, daß ein Armenrath organisiert werden müsse und je ein Geistlicher einer Konfession darin Sitz erhalten werde. Der natürliche Platz, hierüber Bestimmung zu treffen, sei aber das bald zu verhandelnde Armengesetz.

Abg. Koff glaubt, daß hinlänglich Sicherheit vorhanden sei, daß diese Bestimmung eingeführt werde.

Abg. Roder macht seine aus der politischen Agitation der katholischen Geistlichen entnommenen Bedenken gegen die gesetzliche Berechtigung der Geistlichen zum Sitz im Armenrath geltend.

Abg. Kiefer ist mit der vom Abg. Kirsner vorgetragenen Ansicht einverstanden, ohne die Einbringung eines besondern Antrags für nöthig zu halten, und wendet sich gegen die Aeußerungen des Vorredners.

Abg. Kuffel hält es nicht für korrekt, wenn ein Gesetz bei seinen Bestimmungen auf ein künftiges Gesetz Bezug nehme; er würde sich aber dabei beruhigen, daß die Regierung versichere, sie werde das Gesetz mit einem Nachtrag zur Lösung der angeregten Frage wieder vorlegen, falls sie es nicht zugleich mit dem Armengesetz publiziren könne.

Staatsminister Dr. Jolly hält dies für ganz selbstverständlich.

Abg. Blum erklärt, daß die Kommission für das Armengesetz darüber ziemlich einig sei, daß der Geistliche einen Sitz im Armenrath erhalten solle.

Die Abgg. Paravicini und Kirsner theilen auch die Befürchtungen des Abg. Roder nicht, da der Einfluß der Geistlichen als bloße Mitglieder des Armenraths nicht leicht schädlich wirken könne.

Die Erklärung der Regierung wird zu Protokoll genommen und die §§ 11—13 nach dem Regierungsentwurf angenommen.

Zu § 14 fragt Abg. Heilig an, in wiefern dem noch im Leben zu ruhenden Armenrath Mittel von Seiten der Spitalstiftungen überwiesen werden sollten.

Staatsminister Dr. Jolly: Hierüber lasse sich generell nichts sagen; wenn nach Erfüllung der Spitalzwecke etwas übrig bleibe, werde dies eben dem Armenrath überwiesen werden.

Abg. Mühlhäuser fragt zu Ziff. 2 des § 14 an, ob den Schulbehörden ausschließlich die Berechtigung zur Vertheilung der Stipendien zukommen solle, oder den bisher nach dem Stiftungsbrief dazu berufenen Gemeinden dieses Recht auch jetzt noch zustehe.

Staatsminister Dr. Jolly erklärt, daß nach § 36 dies auch fernerhin beim Alten bleibe.

Abg. Eifenlohr macht darauf aufmerksam, daß wenn auch der Stiftungsrath die Verwaltung dieser Stiftungen habe, die Verwendung derselben doch den Armen- oder Schulbehörden bleibe, und bittet dies ausdrücklich im Gesetz zu bekräften.

Staatsminister Dr. Jolly bittet, zur Erläuterung nach „die vorstehenden Bestimmungen“ (Ziff. 1 und 2) zu setzen, womit der Berichterstatter einverstanden ist.

§ 14 mit dieser Aenderung und §§ 15—19 nach dem Kommissionsantrage angenommen.

Ebenso § 20 nach einer Bemerkung des Abg. Hoff.

Zu § 21 erkennt Abg. Mühlhäuser an, daß den Konfessionsgenossen auf die Verwaltung konfessioneller Stiftungen hier ein gewisser Einfluß gegeben sei, glaubt aber, daß auch die Vorschlagsliste der in den konfessionellen Stiftungsrath zu wählenden Mitglieder von den Konfessionsgenossen aufgestellt werden solle. § 21 angenommen.

Zu §§ 22 und 23, deren Strich die Mehrheit der Kommission vorgeschlagen hat, beantragt Abg. Kiefer die Wiederherstellung des Regierungsentwurfs. Dem Gesichtspunkte, daß der Staat überhaupt eine konfessionelle Organisation, welche ja auch weltlich sein werde, zur Verwaltung der konfessionellen Stiftungen hätte schaffen können, werde in den §§ 22 und 23, welche den Gemüsberechtigten in gewissen Fällen die Schaffung einer solchen gestatten, ein Ausdruck gegeben; es werde dadurch in Kreisen, deren Zustimmung nicht ohne Bedeutung sei, ein sonst mangelndes Gefühl der Befriedigung hervorgerufen werden. Der Geist des Gesetzes werde, besonders da die Anwendbarkeit dieser Bestimmung knapp zugemessen sei, hiebei nicht geschädigt, vielmehr wird damit den einmal überlieferten historischen Verhältnissen, dem Willen einer in Gemeinden organisirten Konfessionsgemeinschaft gebührende Rücksicht geschenkt.

Staatsminister Dr. Jolly empfiehlt dringend die Annahme dieses Antrags. Das Konsequenter sei eben einmal in der Welt nicht immer das Rathsame. Wirklich hätten eine Reihe der einflussreichsten konfessionellen Gemeinden und Führer die in diesen Paragraphen angebotene Konzeption als bestmündend für ihre Zustimmung zu dem Gesetze betrachtet. Auch sei die Bestimmung prinzipiell gerechtfertigt; es handle sich nämlich hier hauptsächlich um Anstalten, Hospitale u. dgl., nicht um bloße Vermögensmassen; an diesen Anstalten aber habe leicht ein berechtigter konfessioneller Charakter, welchen man mit Schonung der Gefühle behandeln müsse.

Abg. Hummel unterfüßt den Antrag des Abg. Kiefer mit dem Anfügen, daß gerade der Kirchengemeinderath Mannheim, wie auch viele andere, mit Rücksicht auf die in diesen Paragraphen gebotenen Konzeptionen die Agitation gegen das Gesetz unterlassen habe.

Abg. Paravicini spricht für Strich dieser Paragraphen, welche die konfessionelle Agitation wieder in die Gemeinden hineintragen würden; ebenso Abg. Kuffel mit dem Anfügen, daß auf alle Fälle die Fassung des § 22 nicht ohne einen neuen Streit zu erzeugen so wie im Entwurf gelassen werden könne und derselbe jedenfalls wieder zur neuen Redaktion an die Kommission zurückzuweisen sei.

Staatsminister Dr. Jolly widerlegt den Vorwurf der Unbestimmtheit des § 22.

Abg. Kirsner erklärt sich für den Antrag des Abg. Kiefer, Abg. Hufschmid dagegen, indem er fürchtet, daß durch diese Bestimmung den Gemeinderäthen ihr althergebrachtes Recht zur Verwaltung gewisser Stiftungen zu Gunsten dieser konfessionellen Stiftungsräthe entzogen würde; es müsse daher jedenfalls bei Annahme dieser Paragraphen ausdrücklich festgestellt werden, daß den Stadtmagistraten, welche vor der Verordnung von 1817 das Recht der Stiftungsverwaltung gehabt haben, dieses auch gegenüber dieser Bestimmung nicht genommen werden könne.

Abg. Eifenlohr: Es handle sich bei diesen Paragraphen nur um Uebergangbestimmungen; Die, welche das neue Gesetz nicht wollten, könnten zur Zeit die Wirksamkeit desselben theilweise aufschieben. Redner schlägt einige Redaktionsänderungen vor und bittet, die Paragraphen anzunehmen und zur Feststellung der Fassung an die Kommission zurückzuweisen.

Abg. Seitz: Er sei durch die vielen mißlungenen Versöhnungsversuche von allen weiteren abgesehen worden. Diese Paragraphen würden keinen Frieden mit den Gegnern, sondern nur neuen Streit, wo derselbe jetzt schon geschlichtet sei, hervorrufen.

Abg. Schmezer schließt sich diesen Ausführungen an mit der Betrachtung, daß die §§ 22 und 23 den konfessionellen Parteigeist nähren würden.

Staatsminister Dr. Jolly: Es werde natürlich durch den Regierungsentwurf nicht versucht, mit der organisirten geg-

nerischen Macht zu pazifizieren. Man sah nur zu vermittelten mit den an dieser Frage beteiligten Gemüthern der Menschen, der Katholiken und Protestanten. Die Gefahr der Steigerung des Parteigeistes sei nicht so groß, da ja der konfessionelle Stiftungsrath auf Vorschlag des Gemeinderaths durch die Bürgerschaft gewählt werde.

Abg. Turban vertritt den Antrag des Abg. Kiefer, welcher den Interessenten die Verwaltung ihrer Interessen anheimgebe. Indessen glaube er, daß mit diesen Bestimmungen doch ganz außerordentlich wenig geboten werde; es wäre geboten, auch die Wahl in den Stiftungsrath den Konfessionsangehörigen selbst zu überlassen; zudem könne schon durch § 25, wo die Bedürfnisse der Gemeinde vom Gemeinderath recht erkannt würden, durch den Gemeinderath einem solchen konfessionellen Stiftungsrath die Verwaltung übergeben werden. Jedenfalls möge der § 22 zur nochmaligen Berathung an die Kommission zurückgewiesen werden; dasselbe bitte er bezüglich der in § 14 getroffenen Redaktionsänderung.

Abg. Gerwig erklärt sich für den Kommissionsantrag, welcher das Prinzip rein durchführe; ebenso Abg. Müller unter Bezug auf eine Petition von Nadolszell und die dort bestehenden Stiftungsverhältnisse, während Abg. Hoff den Antrag des Abg. Kiefer befürwortet.

Abg. Noll ist für Wiederherstellung des Regierungsentwurfs mit den vor Abg. Eisenlohr vorgeschlagenen Redaktionsänderungen; der Gesetzentwurf habe ja überhaupt nicht die Absicht, prinzipiell konfessionelle Einflüsse auf Stiftungen zu beseitigen. Doch möge außerdem dafür Sorge getragen werden, daß da, wo nach der bisherigen Uebung die Stiftungserträgnisse Mitgliedern aller Konfessionen zugewiesen werden, die Einführung der konfessionellen Stiftungsräthe unzulässig sei.

Abg. Kiefer widerlegt noch einmal die gegen seinen Antrag erhobenen Einwände und erklärt sich mit den von Abg. Eisenlohr vorgeschlagenen Aenderungen einverstanden. Er präzisirt seinen Antrag nunmehr dahin, man möge unter Ablehnung des Kommissionsantrags den Inhalt der §§ 22 und 23 annehmen und zur näheren Redaktion nach der vom Abg. Eisenlohr vorgeschlagenen Fassung an die Kommission zurückweisen.

Abg. Eckhard erklärt sich für den Kommissionsantrag als den konsequenteren. Man solle den Fehler vermeiden, den man beim Schulgesetz gemacht habe, und nicht erneuten Zündstoff in die Gemeinde hineinwerfen. Die Hinweisung auf die Wünsche der Protestanten zeige von einer nicht wünschenswerthen *l'ho in partes*; gerade der katholischen Seite gehöre das Verdienst dieses Gesetzes. Man solle überhaupt nicht rechts noch links sehen auf Konfessionen, sondern das politisch Nöthige unparteiischen Muthes thun. Wenn man Konfessionsverwaltung wolle, so müsse man die Rechte derselben erweitern und den Stiftungsrath durch die Konfessionsgenossen wählen lassen. Man gebe mit der Bestimmung des Entwurfs den Konfessionen einen Anknüpfen in die Hand, an welchem sie den Faden der Agitation wiederum aufwickeln könnten. Uebrigens könne ja der Stifter noch jetzt nach § 21 ausdrücklich bestimmen, daß der Stiftungsrath aus Konfessionsgenossen zusammenzusetzen sei; aber daß die Konfessionsgenossen selbst, welche ja nichts zur Stiftung gethan, dieses Recht hätten, sei unangemessen. Gerade bei der Leitung von Anstalten werde der konfessionelle Geist sich leicht einschleichen; so werde in Waisenhäusern ein ungeeigneter konfessioneller Geist aufgezo-gen. Und wenn es bei den Protestanten anders sei, so werde eben jetzt für Alle ohne Unterschied ein Stiftungs-gesetz geschaffen.

Staatsminister Dr. Jolly: Der Vorredner habe dieser Frage einen zu großen Hintergrund gegeben; er betrachte konfessionelle Anstalten doch etwas mit zu düstern Augen; die große Mehrzahl der Bevölkerung stehe eben auf konfessionellem Boden; und diesen Gefühlen müsse Rücksicht getragen werden, damit auch nicht der Schein entsiehe, als herrsche hier eine den Konfessionen feindliche Stimmung. Redner wiederholt, daß nicht einer feindlichen Kirchenmacht, sondern der natürlichen Anschauung der Bevölkerung mit dem Entwurf entgegen gekommen werde. Wenn auch kein Recht des Genußberechtigten so wenig als des Stifters auf Einsetzung einer konfessionellen Verwaltung bestehe, so sei eben die Bestimmung doch, weil den Wünschen der Bevölkerung entsprechend, zweckmäßig. Auch sei die Konfession nicht so nichtsbedeutend, sondern es sei ein greifbares, wohlthunendes Entgegenkommen; sie könne auch gerade im Interesse der freien Richtung wirken, wenn nämlich die Majorität der Gemeinde konfessionell gehässig gegen die Minderheit gesinnt sei.

Abg. Winter ist damit einverstanden, daß, sofern mit Stiftungen konfessioneller Art konfessionelle Anstalten verbunden seien (lit. b), ein konfessioneller Stiftungsrath eingeführt werden dürfe; dagegen erklärt Redner sich gegen die Ausnahme (lit. a), daß diese Bestimmung auch bei der Verwaltung der einen Jahresertrag von mindestens 1000 fl. abwerfenden Stiftungen Platz greifen dürfe, da hierdurch die Gleichheit auf flagranter Weise verletzt würde.

Abg. Mühlhäuser erklärt, obgleich er noch eine weitere Berechtigung der Konfessionen wünsche, doch für das Minder-gute, den Antrag des Abg. Kiefer, stimmen zu wollen.

Der Berichterstatter, Abg. Grimm vertritt den Antrag der Mehrheit der Kommission, indem er die einzelnen, dagegen erhobenen Bedenken widerlegt.

Hierauf wird unter Ablehnung des Antrags des Abg. Kiefer (für diesen 16 Stimmen) der Kommissionsantrag auf Strich der §§ 22 und 23 angenommen und noch beschlossen, bei § 14 den Regierungsentwurf herzustellen.

§ 24 angenommen. Zu § 25 beantragt Abg. Turban, daß als Konsequenz des eben gefaßten Beschlusses die Worte „und den Beschlüssen be-thelligter Konfessionsangehöriger“ gestrichen würden. Hier-mit ist der Berichterstatter einverstanden.

Der § 25 wird in dieser Fassung, ebenso die §§ 26—40 ohne Diskussion nach dem Kommissionsantrage angenommen.

Zu § 41 beantragt Abg. Eisenlohr eine Redaktions-

änderung, der der Berichterstatter eine weitere hin-zufügt.

Der Paragraph wird hierauf zur neuen Festsetzung der Fassung an die Kommission zurückgewiesen, welche in der nach kurzer Unterbrechung wieder eröffneten Sitzung folgende Fassung des letzten Satzes vorschlägt: „Es können weder vom Staat noch von der Kirche aus den Rechten, die ihnen hinsichtlich der Verwaltung der Stiftungen zustehen, privatrechtliche Ansprüche an das Vermögen derselben abgeleitet werden.“ Hierauf wird der § 41 nach dieser Fassung ange-nommen; ebenso § 42 nach dem Kommissionsantrag.

Sodann beleuchtet der Berichterstatter Abg. Grimm die über den Entwurf eingebrachten Petitionen; es seien zu den im gedruckten Bericht genannten noch 38 weitere Petitionen evangel. Kirchengemeinderäthe gegen, und 7 Petitionen von Gemeindevorständen für denselben eingetroffen, welche alle durch diese Verhandlung ihre Erledigung gefunden hätten.

Abg. Friedrich erklärt die Verschiedenheit der Petitionen des Kirchengemeinderaths und des politischen Gemeinderaths in Durlach.

Das Ergebnis der Abstimmung über das Gesetz haben wir bereits mitgetheilt.

† Karlsruhe, 20. Jan. 45. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 22. Jan., Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Abg. Kirsner über den Gesetzentwurf, die Ermächtigung der Eisenbahn-Schulden-tilgungs-Kasse zur Aufnahme weiterer Anleihen betreffend. 3) Berathung über den Entwurf, die Abänderung der Ge-schäftsordnung der Zweiten Kammer betreffend.

Vermischte Nachrichten.

München, 18. Jan. (Südd. Pr.) Die Ausstellung von Kaubachs Inquisitionsbild wurde vor einigen Tagen plötzlich geschlossen. Es heißt, Direktor Kaubach habe Drohbrie-fe erhalten, die ihn veranlassen, die Ausstellung zu schließen. Es wurde ihm darin ganz einfach erklärt, man werde sein Bild zerstören, wenn er es noch länger dem öffentlichen Besuche ausgestellt ließe. Solche Briefe wurden ihm in den letzten Tagen in so großer Anzahl zu-geschickt, daß daraus auf den Ernst dieser Drohung geschlossen werden konnte.

Die Ursache des Eisenbahnunglücks bei Gersthofen wird da-hin angegeben: Das Geleise, das auf der kritischen Stelle erst vor wenigen Tagen nach erfolgter Schwellenausschulung regulirt und von dem betreffenden Bezirksingenieur als fertig erklärt wurde, senkte sich in Folge der in diesen Tagen erfolgten Niederschläge so, daß die Schie-nen nach rechts und links wichen und die Maschine zum Entgleisen brachten.

Groß-Gerau, 17. Jan. (Darmst. Z.) Nachdem seit unserm letzten Berichte in den Nächten vor dem Schluß des alten Jahres noch einige leise Vibrationen wahrgenommen worden waren und dann einige Tage Ruhe eingetreten war, hoffen wir, daß die Erde eben in dieser Gegend zum Abschluß gekommen sein möchte. Leider aber hat sich diese Hoffnung nicht erfüllen sollen, denn nachdem am 3. Jan. Morgens, zwischen 4 und 5 Uhr, sich wieder eine schwache Erschüt-te-rung gezeigt hatte, die wir selbst beobachteten, erfuhren wir von An-dern, daß von 4 bis 12 Nachts noch zwei Stöße wahrgenommen worden waren. Wohl bemerkbare Erschütterungen ereigneten sich dann wieder am 14. Morgens 6 1/2 Uhr, kurz vor und kurz nach 7 1/2 Uhr, und kurz nach 9 Uhr. Ebenso wurde am 15. Nachts, kurz vor 4 Uhr eine Erschütterung und in letzter Nacht zwei leise Schwingungen ohne Geräusch beobachtet.

Bonn, 13. Jan. (M. Z.) Das Verlangen des Hrn. Ministers, daß an der hiesigen Universität künftighin und bis auf weiteres alle Duellanten sollten mit Relegation bestraft werden, konnte den Universitätsbehörden angesichts des wirklichen Sachverhältnisses nicht als gerechtfertigt erscheinen, weshalb sie sich denn auch nur dazu ent-schlossen haben, auf die Mensuren ohne Kopfbedeckung jene Strafe der Ausschließung zu setzen. Letzteres ist den Korps und den Verbindun-gen bekannt gegeben worden.

Münster, 19. Jan. Bischof Dr. J. G. Müller ist heute Nachmittags gestorben. Am 12. v. hatte derselbe sein 25jähriges Ju-biläum als Bischof gefeiert.

Unter den Glückwunsch-Telegrammen, welche dem berühmten Tenoristen Tichatschek in Dresden an seinem bereits erwähnten 40jährigen Sänger-Jubiläum zugehingen, lautete das des Komponisten Richard Wagner aus Bayern:

„Dreizig Jahre brav gesungen,
Manchen Ehrenkranz errungen,
Wachschlaf und Beißchenmal
Könn' entgegen überall,
Alle Tenoristen Schred
Preis' ich meinen Tichatschek.“

Der Tenorist Bachtel sandte einen Lorbeerkranz mit der Wid-mung:

„Nimm diesen Lorbeerkranz, der Dir ja stets gebührt,
Bon Dem, der Dich vor Jahren oft kuschelte.
Ein Possillon.“

Berlin, 18. Jan. Am Samstag den 12. Febr. wird hier in Berlin eine Versammlung von Delegirten aller im Norddeutschen Bund bestehenden landwirthschaftl. Centralvereine statt-finden. Den Hauptgegenstand ihrer Berathung bildet die Frage wegen Konstituierung eines gemeinsamen ständigen Organs für die Ver-tretung der landwirthsch. Interessen. In der Zeit vom 14. bis zum 19. Febr. tagt hier der Kongreß norddeutscher Landwirths. Auf den Kongreß folgt unmittelbar die diesjährige Session des Lande-s-Ökonomie-Kollegiums. Wie verlautet, ist die Einberufung des Kollegiums auf Montag den 21. Februar in Aussicht genommen.

Berlin, 19. Jan. Nach den der „Zeitung. Corr.“ zugegangenen Mittheilungen ist die Kopf-wunde des ältesten Sohnes des Grafen Bismarck so weit geheilt, daß derselbe bereits die Reise hieher hat machen können und eine Besorgnis daher nicht mehr vorliegt.

Am 27. Dec. gegen 6 Uhr Morgens wurde in Ost-Cali-fornien und Nevada ein Erdbeben verspürt, wie solches in gleicher Heftigkeit daselbst noch nie eingetreten. In Sacramento, Ma-risville, Grass Valley, Nevada City, Iowa Hill, Stockton, Chico,

Truckee und andern benachbarten Städten wurden Stöße von größerer und geringerer Heftigkeit wahrgenommen. In Virginia City, Nevada, stürzten Mauern ein, Glocken wurden in Bewegung gesetzt u. und die Bestürzung war eine allgemeine. In tiefen Gruben-schächten waren die Stöße von besonderer Heftigkeit.

Krakau, 18. Jan. Der „Gaz“ veröffentlicht ein Statthalter-reisekret, womit der Konvent des Karmeliterinnen-Klosters aufgefordert wird, die zur Unterbringung im Spital der an totaler Sinnverwirrung unheilbar leidenden Barbara Ubrif erforderlichen Kosten zu entrichten.

Karl Heinen, der bekannte Redakteur des „Doktorer Bio-nier“, sagt von einem seiner ehemaligen Freunde in seinem Blatte: „Wir sehen den Verläumber vor uns liegen wie einen moralischen Gassen-Weichling, dem auch die derbste Schaulohle kein Widerstandgei-gen mehr abzwängen kann. Wandere blicke seitwärts, spucke der Sicher-heit wegen aus und eile vorüber.“

Badische Chronik.

Karlsruhe, 20. Jan. Heute um die Mittagsstunde wurden wir durch Feuerlärm erschreckt. Es brannte in der Werkstatt des Glasermeisters Markshaber in der Blumenstraße. Das Feuer wurde bald gelöscht; der Schaden scheint unbedeutend zu sein.

Mannheim, 19. Jan. (N. B. L. Z.) Die Redaktion der „Annalen der badischen Gerichte“ ist in Folge Wegzugs des Hof-gerichtspräsidenten Stempf von hier nach Offenburg mit dem 1. Jan-uar d. J. auf Hrn. Oberhofgerichtsrath Brauer, langjährigen Mitarbeiter der Zeitschrift, übergegangen.

Bertheim, 18. Jan. (Laub.) Letzten Freitag fand ein sehr stark besuchter Bürgerabend dahier statt. Zunächst erstattete Hr. Bür-germeister Frank Bericht über die Erweiterung der Mädchenschule, und glaubte die Versammlung, hiermit warten zu sollen, bis man in den veränderten Verhältnissen über den Beitrag des Staats u. s. w. im Klaren sei. Hr. Oberamtmann v. Senger sprach hierauf über unsere neuen Gesetze. In einem eingehenden anderthalbstündigen Vor-trag wies er die eminente Thätigkeit unserer bermaligen Regierung im Sinne des Fortschritts nach. Schließlich gab Hr. Führer eine Skizze des Bertheimer Sängereffes im Jahre 1844, die durch klare, farbenreiche Darstellung die Zuhörer in die heiterste Stimmung ver-setzte. Nachdem noch Hr. Bürgermeister Frank dem Hrn. Oberamt-mann für seine gebiegene Rede den Dank der Versammlung darge-bracht hatte, schloß er die Versammlung, welche davon Zeugniß ablegte, daß unsere Bürgerschaft ein reges Interesse an öffentlichen Leben nimmt und mit Freude jede hiezu gebotene Gelegenheit ergreift.

Am 16. wurde in Bühl ein Bürgerabend abgehalten. Hr. Bürgermeister Conrad erläuterte in umfassendem Vortrag die neuen Gemeindegesetze. Hr. Amtsrichter Eichrodt sprach über die Vorlage des neuen Stiftungs-gesetzes. Schließlich sprach Hr. Conrad noch über die neue Standesbeamtung und die Zivilische. Der Wunsch nach fern-rem Abhalten der Bürgerabende wurde allseitig geäußert.

Bom Derrheim, 19. Jan. Es verdient alle Anerken-nung, daß ein Freund des verstorbenen Prof. W. Bäckernagel eine Stiftung von 10,000 Frkn. zu dem Zweck gewidmet hat, damit die Lehrkasselle für deutsche Sprache und Literatur an der Baseler Hoch-schule stets in einer würdigen Weise besetzt werde. Prof. Bäckernagel hat seine altdeutsche Sammlung und seine äußerst werthvolle Biblio-thek, wie wir vernehmen, testamentarisch der Universität Basel als Geschenk überlassen.

Es war in jüngster Zeit die Rede davon, für die erledigte Groß-rathsstelle Hrn. Prof. August Socin zu Basel in Aussicht zu neh-men, einen Mann von festem Charakter und hervorragender Bildung, der auch in der wissenschaftlichen Welt sich einen ehrenvollen Namen erworben hat.

Billingen, 19. Jan. Gestern sprach Hr. Professor Zimm-er-mann aus Gießen im alten Rathhause über Usland. Des Dichters Stellung als Gelehrter in der germanistischen Literatur, seine Thätigkeit im öffentlichen Leben Württembergs und bezüglich der deutschen Verfassungsbefreiungen wurden mit meisterhaften Zügen gezeichnet. Der nächste und letzte Vortrag wird uns nähere Schild-erungen der poetischen Werke des edlen Geistes bringen.

Konstanz, 19. Jan. (Konst. Ztg.) In der Ehrenkränzungssache, welche die Staatsanwaltschaft für Bürgermeister Stromeyer in Konstanz gegen den Redakteur des „Bad. Beobachters“ erhoben hat, wurde vom Oberhofgericht am 30. v. M. die gegen das Strafkammer-Urtheil eingereichte Nichtigkeitsbeschwerde verworfen.

Hamburg, 17. Jan. Das Hamburger Post-Dampfschiff „Teu-tonia“, Kapit. Barons, am 25. Dez. von Neu-Orleans und am 31. Dez. von Havanna abgegangen, ist nach einer Reise von 15 Tagen am 15. d. 8 Uhr Abends, in Plymouth angekommen und hat, nachdem es daselbst die für Frankreich bestimmten Pas-sagiere gelandet, heute Morgen die Reise nach Hamburg fortgesetzt.

Frankfurt, 20. Jan., Nachm. Oesterr. Kreditaktien 246 3/4, Staatbahn-Aktien 374 1/4, Silberrente 57 1/2, 1860r Loose 80 1/4, Ame-rikaner 91 1/4.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Zentralstation Karlsruhe.

19. Jan.	Barometer.	Thermo-meter.	Beobach-tung seit in Pro-zenten.	Wind.	Sim-mel.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	28° 0,8	— 1,1	0,73	N.O.	kl. bed.	Sturm, kalt
Morg. 2	28° 0,5	— 1,9	0,84	N.	kl.	windig, kalt
Nachts 9	28° 0,2	— 2,3	0,82	N.O.	kl.	kl.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 21. Jan. 1. Quartal. 13. Abonnementsvor-stellung. Die Jüdin, große Oper in 5 Akten, von Halevy. „Cleazar“ — Hr. Ferenczi vom Königl. Hoftheater zu Berlin als Gast.

R.563. Karlsruhe. Freunden und Bekannten mache ich die betrübende Mitteilung, daß mein Sohn Edmund im Alter von 12 Jahren nach kurzem, aber schmerzhaften Krankenlager gestorben ist. Karlsruhe, den 18. Januar 1870. Edmund Kamm, Kreisgerichtsrath.

R.564. Regelschurst. Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Gatte und Vater, Dekan Karl Häpfer, nach einem dreiwöchigen Krankenlager im Alter von einundsechzig Jahren heute im Herrn entschlafen ist. Regelschurst, den 18. Januar 1870. Die Hinterbliebenen.

R.564. Laut Bekanntmachung der Centralstelle des landwirthschaftlichen Vereins im Großh. Baden — Landw. Wochenblatt vom 12. Januar — besitzen wir:

Die Badische Thierzucht in Photographien.
I. Heft.
Enthaltend
22 Photographien von Thieren
der
Centralausstellung zu Karlsruhe 1869.
Herausgegeben von der
Centralstelle des landwirthschaftlichen Vereins.
Preis 15 fl. Einzelne Blätter à 48 kr.
Das Album ist nur direkt von uns zu beziehen.
G. Braun'sche Hofbuchhandlung in Karlsruhe.

Jedem Land- u. Ackerwirth großen Nutzen bringende Sämereien:

I. Engl. Futterrüben-Samen für Land- und Ackerwirth.
Diese Rüben, die schönsten und ertragreichsten von allen jetzt bekannten Futterrüben, werden 1 bis 3 Fuß im Umfang groß, und 5, ja 10—15 Pfd. schwer, ohne Bearbeitung, denn sie verlangen weder das Hacken noch das Säulen, da nur die Wurzeln in der Erde wachsen, die Rübe aber wie ein Kohlkopf über der Erde steht. Das Fleisch dieser Rüben ist dunkelgelb, die Schale kirchbraun, mit großen saftreichen Blättern. Die erste Aussaat geschieht, sobald es die Witterung erlaubt, Anfangs März oder im April. Die Ernte ist Johann im Juli, so daß dieser Acker zum zweiten Male mit derselben Rübe bestellt werden kann. Vorzüglich kann man dann die Rüben noch anbauen, wenn man die ersten Vorfrüchte herunter genommen hat, z. B. nach Getreide, Frühjahrskartoffeln, Raps, Bein und Roggen. Geht die letzte Aussaat in Roggenstoppel und bis Mitte August, so kann man mit Bestimmtheit einen großen Ertrag erwarten und mehrere hundert Wispel anbauen.

Auch wird der Versuch lehren, daß dieser Rübenbau je einmal besser ist, als der Runkel- und Wasserrüben-Anbau, da nach der Rübenfütterung Milch und Butter einen feinen Geschmack erhalten, was bei Wasserrüben niemals der Fall ist, auch als Raufutter nimmt diese Rübe die erste Stelle ein. Das Pfund Samen von der großen Sorte kostet 2 Thlr. und werden damit 2 Morgen besät. Der Ertrag ist pro Morgen ca. 230—260 Scheffel. Mittelsorte 1 Thlr. Unter 1/2 Pfund wird nicht verkauft.

2) Bockharascher Riesen-Honig-Klee
(achte Original-Saat).

Dieser Klee gedeiht und wächst auf jedem Boden ganz vortreflich. Er wird, sobald offenes Wetter eintritt, gesät und liefert auch im ersten Jahr bei zeitiger Aussaat selbst auf geringem Boden 3—4, auf gutem sogar 5 Schnitte. Auch kann man denselben unter Gerste und Hafer säen; mit letzterem zusammen geschnitten, gibt er ein herrliches Futter für Pferde. Soll der Klee als Grün- oder Trodenfutter verwendet werden, ist allmonatliches Abmähen bei einer Höhe von 3/4 Ellen nöthig, da die jarten Blätter und Stengel dem Vieh mehr zusagen. Will man jedoch den Klee vorzüglich des Samens wegen anbauen, so lasse man ihn fortwachsen. Er blüht von Ende Mai bis August ungewöhnlich reich und wird häufig von Bienen besucht. Blüthen und Blättern ist der feinste Balsamengeruch eigen. Das erste Futter des zweiten Jahres gibt es im April. Der Ertrag ist ein ungeheures reichlicher und empfiehlt sich vorzugsweise dieser Bockharascher Riesen-Honig-Klee zum Anbau, mehr als jede andere Kleeart, weil er schneller und höher wächst und einen feinen Geschmack hat. Der Morgen liefert an 600 Ctr. grünes Futter und ist der Klee seines großen Futterreichthums wegen ganz besonders für Milchkühe und Schafvieh zu empfehlen. Vollsaat pro Morgen 12 Pfd. Das Pfund Samen kostet 1 Thlr. Unter 1/2 Pfund wird nicht abgegeben.

3) Schottischer Riesen-Turnips-Runkelrüben Samen (veredelt und doppelt gereinigt).
Diese Rüben werden 18—22 Pfund schwer, haben gelbes Fleisch und große saftreiche Blätter. Aussaat pro Morgen 3 Pfund, das Pfund kostet 10 Sgr. Ertrag pro Morgen 450 Ctr.
Es offerirt diese Samen

Ferdinand Bieck in Schwedt a. D.
Frankte Aufträge werden mit ungehinderter Post expedirt, und wo der Betrag nicht beigelegt, wird solcher per Postvorschuß entnommen.
R.562.

R.567. Offenburg.
Weinverkauf.
Reingehaltener, selbstgeogener Weißherbst aus den Jahren 1866 und 1867 wird im Quantum von 15 Maß aufwärts abgegeben. Preis und Adresse theilt die Expedition dieses Blattes mit.

Anhang zu C. Gruber's Rechenunterricht.
Den Herren Lehrern, welche sich beim Rechenunterricht der Nechensstufe des Herrn Oberschulrath C. Gruber bedienen, zeigen wir hiemit an, daß der Anhang zur 2ten und zur 4ten Stufe so eben erschienen und an die Besteller gratis versandt ist. Derselbe hat den Zweck, die Schüler in passender Weise mit dem neuen Maß- und Gewichtssystem vertraut zu machen und dadurch den Uebergang zu dem neuen System anzubahnen.
Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß den Herren Lehrern auch für solche Schüler, welche die fraglichen Stufen bereits angeschafft und noch im Gebrauche haben, die benöthigten Exemplare des Anhangs auf Verlangen gratis zu Diensten stehen.
Karlsruhe, im Januar 1870.
G. Braun'sche Hofbuchhandlung.

R.542. **Mannheimer Haupt-Pferde- und Rindvieh-Märkte verbunden mit einem Maschinen-Markt im Frühjahr 1870.**
Der diesjährige Frühjahrs-Haupt-Pferde- und Rindvieh-Markt wird am 27., 28. und 29. März dahier abgehalten.
Am 28. März, Nachmittags, findet eine Prämierung vorzüglicher, zum Verkaufe auf den Markt gebrachter Pferde statt, und sind für 16 Prämien, die sich auf 25 Pferde vertheilen, 1400 fl. bestimmt.
Der diesjährige Mai-Pferde-, Fohlen- und Rindvieh-Markt findet am 2. und 3. Mai 1870 dahier statt und ist ebenfalls mit einer Prämierung, eventuell mit einer Versteigerung ausgezeichneter zu Markt gebrachter Fohlen, Kühen und Rindern, sowie mit Pferderennen u. verbunden. Das am 1. und 2. Mai stattfindende Reitrennen wird von dem badischen Reiterverein veranstaltet.
Außerdem findet vom 30. April bis 7. Mai einschließlich ein Maschinen-Markt statt.
Zu billiger und guter Unterbringung der zum Verkaufe bestimmten Thiere befinden sich auf dem vor dem Heidelberger-Thore gelegenen Viehmarkt-Platz zweckmäßige Stallungen mit genügendem Raum.
Die Lieferung der nöthigen Foutage wird an solche Unternehmer zu festgesetzten Preisen vergeben.
Anmeldungen der Herren Pferdehändler wegen Stallungen u., ebenso der Herren Fabrikanten von landwirthschaftlichen Maschinen und Geräthen wegen der gewünschten Räume u. können jetzt schon bei dem mitunterzeichneten Komitee gemacht werden, welches auch jede sonst gewünschte Auskunft über die Märkte zu geben bereit ist.
Auf beiden Märkten finden unter amtlicher Kontrolle große Verlosungen statt, wozu 55,000 Loose à 1 fl. ausgegeben werden. Jedes Loos berechtigt zur Theilnahme an beiden Verlosungen, so daß im günstigen Falle ein solches zwei Mal gewinnen kann. Die Gewinne bestehen in Equipagen, Pferden, Fohlen, Rindvieh, landwirthschaftlichen Maschinen und Geräthen, Fahr- und Reitgeräthen u.
Uebnehmer einer größeren Anzahl von Loosen wollen sich an den Kassier des Komitees, Herrn B. Darmstädter, wenden, welcher solche jedoch nur in Posten von 110 Loosen gegen bare Ent-richtung von 100 fl. abgibt.
Alles Nähere belegen die ausgegebenen Programme.
Die verehrlichen Käufer und Verkäufer werden zum Besuche der Märkte freundlichst eingeladen.
Mannheim, im Januar 1870.
Der Gemeinderath.
Achenbach, F. Meyer.
Landwirthschaftlicher Bezirks-Verein.
Pferdemarkt-Komitee.
J. A. B. V. H. Weiß, Schriftführer.
G. Sauler.

R.554. **Stadt Benediger Lire 30 Loose.**
Die nächsten 5 Ziehungen dieser Anleihe finden im Jahre 1870 statt, am:
31. Januar,
30. April, 30. Juni, 30. September und 30. November.
Gewinne von Lire 100,000 — 50,000 —
Zmal 25,000 — 2000 — 1500 — 1000 u. bis abwärts Lire 30 — müssen in obigen Ziehungen gewonnen werden. (Die Einlage kann nie verloren gehen, da jedes Loos früher oder später mit mindestens Lire 30 zurückverloost werden muß.)
Pläne gratis, und Loose à 1 1/2 fl. empfiehlt
Moriz Stiebel Söhne,
Bank- und Wechsel-Geschäft in Frankfurt a. M.

R.531. Nr. 123. **Triberg, Schwarzwald-Bahnbau.**
Die Ausführung nachstehender Arbeiten behufs Herstellung zweier Bahnwärterhäuser beim unteren Portale des Postbahntunnels, Signal 1955, Gemarkung Gremmling, sowie beim oberen Portale des Grundwaldtunnels Signal 2565, Gemarkung Ruffbach, vergeben wir im Wege schriftlichen Angebotes, und zwar:
für jenes im Loosb. — beim Grundwald
1) Grab-, Maurer- und Steinbauarbeit, veranschlagt zu 1668 fl. 6 fr. — 1982 fl. 6 fr.
2) Zimmerarbeit, „ „ 1416 fl. 47 fr. — 1177 fl. 28 fr.
3) Schreinerarbeit, „ „ 262 fl. 51 fr. — 230 fl. 30 fr.
4) Glaserarbeit, „ „ 154 fl. 39 fr. — 130 fl. 19 fr.
5) Schlosserarbeit, „ „ 104 fl. 21 fr. — 129 fl. 48 fr.
6) Blechenerarbeit, „ „ 74 fl. 42 fr. — 78 fl. 7 fr.
7) Hafnerarbeit, „ „ 84 fl. — 56 fl. — fr.
8) Anstreicherarbeit, „ „ 211 fl. 15 fr. — 187 fl. 17 fr.
3976 fl. 41 fr. — 3971 fl. 35 fr.
Angebote können für Ueberrahme sämtlicher Arbeiten sowohl als auch für jede einzeln gemacht werden, und sind nach Prozents der Voran-Schlagsumme gestellt, bis
Dienstag den 1. Februar,
Morgens 10 Uhr, auf dem Geschäftszimmer der unterfertigten Stelle portofrei und versiegelt einzuliefern, bis wohin auch Pläne, Voranschläge und Bedingungen dafür zur Einsicht ausliegen.
Bewerber um diese Arbeiten, welche der Inspektion unbekannt sind, haben sich durch Zeugnisse über Leistungsfähigkeit und den Besitz der erforderlichen Mittel auszuweisen.
Triberg, den 18. Januar 1870.
Großh. Eisenbahnbau-Inspektion.
Grabenbrücker.

R.540. Es eben ist der 4. Jahrgang der **Verlosungsliste**
über alle bis 1. Januar 1870 gezogenen Serienloose nebst Verlosungskalender für 1870 erschienen; sie wird gegen 12 Wirt, oder andere Kreuzermarken franco zugelandt von A. Dann in Stuttgart.
Derselbe steht aus Loose u. in allen früheren Ziehungen à 6 kr. per Stück nach, bei Partien à 3 kr.
R.520. **Leiberstung, Jagdverpachtung.**
Die Gemeinde Leiberstung läßt am
Samstag den 29. Januar d. J.,
Nachmittags 1 Uhr,
auf dem Rathshaus, darüber die Berechtigung zur Jagd auf der Gemarkung Leiberstung auf 3 Jahre ver-pachten.
Leiberstung, den 18. Januar 1870.
Das Bürgermeisteramt.
Fischer,
vdt. Weingartner, Rathschr.

R.503. **Mannheim, Waaren-Versteigerung.**
Aus der Mos. Reichheim'schen Verlassenschaftsmasse werden der Erbtheilung wegen
Montag am 24. Januar 1870,
10 Uhr Vormittags anfangend,
im hiesigen Börselokale folgende Waaren an den Meistbietenden versteigert:
600 Str. dreifaltiger Kleesamen,
1500 Sack Ungar-Weizen,
125 do. Gerste,
170 do. weiße Bohnen,
44 do. Wicken,
200 Zentner Hafer,
sämmlich hier lagernd.
Ferner:
1800 Sack Ungar-Weizen,
1000 Romanhorn,
Die Versteigerungsbedingungen werden am Tage der Versteigerung mitgetheilt und auch die betreffenden Muster vorgelegt.
Mannheim, den 17. Januar 1870.
A. Gros, Baurenrichter.

Wichtig für Auswanderer und Reisende nach Amerika.
Reelle und billige Beförderung durch
Philipp Arbogast,
General-Agent,
Gasthaus zur Stadt Basel,
Königsplatz,
Straßburg.

Bürgerliche Rechtspflege.
R.707. Nr. 32,430. Karlsruhe. (Oeffent-liche Bekanntmachung.)
J. S. Amalie Wabler von hier gegen Theodor Frankenhach von da, z. St. Klüchtig, Beschuldigung betr., wird nachstehendes Urtheil vom 13. Dezember 1869, wird der vorgelegte Wechsel für anerkannt angenommen, der Beklagte mit seinen Einreden ausgeschlossen und zu Recht erkannt:
Der Beklagte sei unter Verfallung in die Kosten schuldig, die Wechselsumme von 400 fl. binnen 3 Tagen bei Vermeidung wechsellichter Streng an die Klägerin zu bezahlen.
S. R. W.
dem Beklagten mit der Auflage verklärt, einen am Orte des Gerichts wohnenden Oekothaber aufzustellen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen und Erkenntnisse mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie ihm selbst eröffnet wären, an dem Sitzungsorte des Gerichts angeschlagen werden sollen.
Karlsruhe, den 10. Januar 1870.
Großh. bad. Amtsgericht.
Reich.

Strafrechtspflege, Ladungen und Fahndungen.
R.706. Nr. 556. Bühl. Der 32 Jahre alte Kaver Zink von Reulshaus ist der Majestätsbeleidigung, verlißt am 6. v. M. im Hause seiner Verwandten, ange-schuldigt, und wird hiermit aufgefordert, sich binnen 14 Tagen zu stellen, inbeu, sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntniß würde gefällt werden.
Bühl, den 14. Januar 1870.
Großh. bad. Amtsgericht.
Gisrod.

Bermischte Bekanntmachungen.
R.351. **Karlsruhe, Bekanntmachung.**
Auf Anordnung Großh. Handelsministeriums beginnt am 1. Februar d. J. ein Kursus über theoretischen und praktischen Buchdruck.
Diesen, welche an demselben Theil nehmen wollen, haben sich bei dem unterzeichneten, Steinstraße Nr. 25, zu melden.
Karlsruhe, den 11. Januar 1870.
Scheider,
Buchdruckerey.

R.529. **Achern, Bekanntmachung.**
Zur Aufstellung des Lagerbuches von der Gemarkung und Gemeinde Achern ist Tagesfahrt auf
Donnerstag den 27. d. M.
in das dortige Rathhaus anberaumt.
Die Grundeigentümer dieser Gemarkung werden hieron in Kenntniß gesetzt und aufgefordert, die Rechtsbeschaffenheit ihrer Grundstücke, unter Angabe der darauf bezüglichen Urkunden, dem Unterzeichneten in der angegebenen Zeit vorzutragen.
Achern, den 17. Januar 1870.
Wolff, Bezirksgeometer.

R.516. Nr. 26. **Kenzingen, Holzversteigerung.**
In dem Rheinwald „Moo-smi-Gelstopp“ versteigern wir mit Vorfrist bis Martini d. J. am
Dienstag den 25. Januar,
Morgens 1/10 Uhr,
20 rothbäumige (bis 50 Zoll Umfang), 2 kleine edelene Nuthholzhämme, 275 helle Jasp- und Kibrelzeile,
6 Kfir. ulmenes, 11/4 Kfir. weiches Scheitholz, 2 Kfir. ulmenes, 8/2 Kfir. gemischtes, 53 Kfir. weiches Brühlholz,
12600 gemischte Laubholz- und 3500 Dornfashinen-wellen, 2 Loos Schlagraum;
von Dürständern:
2 1/2 Kfir. gemischtes Scheit- und Brühlholz und 75 gemischte Wellen.
Man versammelt sich Morgens 1/9 Uhr bei der Stube zu Weisweil, und bei ungünstiger Witterung wird dort die Steigerung abgehalten.
Waldhüter Reich wird das Holz jeberzeit auf Verlangen vorgezeigt.
Kenzingen, den 17. Januar 1870.
Großh. bad. Bezirksforstrei.
Maler.

R.528. Nr. 33. **Odenheim, Holzversteigerung.**
Aus dem Domänenwaldbestirk XIII. Mönchswald, Schlag 27, zwischen Unterwiesheim und Hriedelsheim gelegen, werden mit Zahlungsfrist bis 1. November d. J. versteigert,
Dienstag den 25. d. Mts.:
48 Eichenämme, zu Bau- und Nuthholz tauglich, 6600 Bohnenheden, 34 Kfir. luhenes Scheitholz, 12 Kfir. edelnes Scheitholz, 48 Kfir. Brühlholz, 46 Kfir. Stochholz und 11,300 Wellen.
Zusammenkunft zur Versteigerung des Brennholzes um 12 Uhr Morgens, zu derjenigen des Stammholzes um 12 Uhr Mittags im Schlage.
Odenheim, den 18. Januar 1870.
Großh. bad. Bezirksforstrei.
Widmann.